

Indonesien macht El Kaida für Attentat auf Bali verantwortlich

Zusammenarbeit mit örtlicher Terrorgruppe vermutet - Vermutlich drei Schweizer getötet

BALI: Zwei Tage nach dem Terroranschlag auf Bali hat die indonesische Regierung gestern erstmals das Terrornetzwerk El Kaida als Drahtzieher für das Blutbad genannt, dem mindestens 181 Menschen zum Opfer fielen. In aller Welt wurde Entsetzen und Abscheu über den Anschlag geussert. Vermutlich sind drei Schweizer unter den Toten.

Verteidigungsminister Matori Abdul Djilil sagte in Jakarta, der Anschlag vom Samstag sei von der Gruppe um Osama Bin Laden zusammen mit örtlichen Helfershelfern ausgeführt worden. «Bali war einmal als Paradies bekannt», sagte Gesundheitsminister Achmad Suyudi. «Jetzt ist es wie die Hölle im Paradies.» Am internationalen Flughafen der Insel warteten tausende meist junge Touristen auf eine Heimflugmöglichkeit. Einige schliefen aus Angst vor weiteren Anschlägen auf touristische Einrichtungen an Stränden. Die grossen Schweizer Reiseveranstalter meldeten aber nur vereinzelte vorzeitige Rückreisen.

181 Opfer

Nach amtlichen Angaben hat der Autobombenanschlag 181 Menschen in den Tod gerissen. Aus Krankenhauskreisen verlautete, es seien min-

Höhere Gewalt

ZÜRICH/BERN: Verängstigte Touristen, die ihre Bali-Reise nicht mehr antreten wollen, haben in der Regel Anspruch auf Rückerstattung der Reisekosten. Wie lange die Entschädigungsregel für Bali gilt, hängt von der Einschätzung des EDA ab. Ein Bombenanschlag gilt in der Schweiz als «höhere Gewalt». Darauf können auch die Reiseveranstalter pochen.



Anwohner zünden zum Gedenken der Opfer Kerzen am Strand von Bali an. Einige Touristen schliefen aus Angst vor weiteren Anschlägen auf touristische Einrichtungen an den Stränden.

destens 190 Todesopfer zu beklagen. Mehr als 300 wurden verletzt. Viele Opfer kamen aus Australien. Aber auch mindestens 30 Briten, drei Schweizer, eine Deutsche, ein Franzose und ein Niederländer waren unter den Toten, wie aus Bali und den verschiedenen Hauptstädten verlautete. Bei den Schweizer Opfern handelt es sich mit grosser Wahrscheinlichkeit um ein junges Paar aus dem Bündnerland und um eine weitere, von den Behörden vorerst nicht näher identifizierte Person. Mehrere Schweizer waren noch vermisst, was aber nicht bedeuten muss, dass sie unter den Opfern sind.

«Wir sind sicher, dass die El Kaida hier ist», sagte Djilil nach einer Sondersitzung des Kabinetts. Als mög-

cher Komplize galt die Organisation Jemaah Islamiyah (JI), die schon früher für Bombenanschläge auf westliche Botschaften in der Region verantwortlich gemacht wurde. JI-Führer Abu Bakar Bashir wies dies zurück. Der Anschlag sei das Werk ausländischer Terroristen, sagte er in einem Radio-Interview. Indirekt beschuldigte er die USA der Verwicklung in das Attentat.

Unterdessen lief die Versorgung der Verletzten auf Hochtouren. Alle Australier, die den Bombenanschlag überlebten, sollten bis Montagabend in ihre Heimat gebracht werden. Zwei Menschen erlagen an Bord eines Fluges nach Darwin ihren Verletzungen. Über den Verbleib von mehr als 200 Aus-

liern war nichts bekannt. 16 Verletzte, darunter zwei junge Schweizerinnen mit schweren Brandwunden, wurden in Singapur behandelt.

Heimtückischer Mordanschlag

US-Präsident George W. Bush sprach von einem heimtückischen Mordanschlag und bot US-Unterstützung bei der Fahndung nach den Tätern an. Das US-Aussenministerium ordnete die Abreise aller nicht unbedingt notwendigen Botschaftsmitarbeiter sowie ihrer Angehörigen an. Der australische Ministerpräsident John Howard sagte in einer Sondersitzung des Parlaments, der Anschlag sei «barbarischer, brutaler Massenmord ohne Rechtfertigung».

Magnus G. gesteht Mord

FRANKFURT/MAIN: Der als mutmasslicher Mörder des Bankierssohns Jakob von Metzler inhaftierte Magnus G. hat die Tat gestanden. Das gab dessen Verteidiger Hans-Ulrich Endres gestern in Frankfurt am Main bekannt. Der Jurastudent war gestern ausführlich verhört worden und hatte erstmals zu der Tat Stellung genommen. Laut Endres handelte es sich um ein «volles und umfangreiches» Geständnis.

Bin Laden «gratuliert»

DOHA: Der Anführer des Terrornetzwerks El Kaida, Osama bin Laden, soll die Anschläge auf den französischen Öltanker und auf eine Gruppe von US-Soldaten in Kuwait gelobt haben. Dies soll aus einer angeblich von Bin Laden unterzeichneten Erklärung hervorgehen. Der arabische TV-Sender El Dschasira berichtete gestern über die Erklärung, welche die Unterschrift Bin Ladens trage. Darin «gratuliert» Bin Laden der «islamischen Nation» zu diesen «heldenhaften Taten» der «Gotteskrieger», hiess es.

Teheran lehnt ab

TEHERAN/ANKARA: Nach der irakischen Exil-Opposition hat gestern auch Iran Pläne der US-Regierung kritisiert, nach einem Krieg möglicherweise eine Militärregierung in Irak einzusetzen. Der Sprecher des iranischen Aussenministeriums, Hamid Reza Asefi, sagte in Teheran, solche Pläne zeigten nur das mangelnde Verständnis der USA gegenüber dem Nahen Osten. «Wir hoffen, dass es sich hierbei nur um Gerüchte ohne Grundlage handelt», zitierte die Nachrichtenagentur IRNA den Sprecher.

Wendepunkt in Nahost möglich

JERUSALEM: Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon hält nach eigenen Worten im nächsten Jahr einen Wendepunkt im Nahost-Konflikt für möglich. In einer Rede vor der Knesset sagte er gestern, seiner Ansicht nach würden die Palästinenser an einen Punkt kommen, an dem sie ihre Haltung gegenüber Israel änderten. Bei der Explosion eines öffentlichen Telefons vor einem Krankenhaus in Bethlehem wurde unterdessen ein mutmasslicher palästinensischer Extremist getötet. Die Palästinenser machen Israel dafür verantwortlich.

Spannungen verschärft

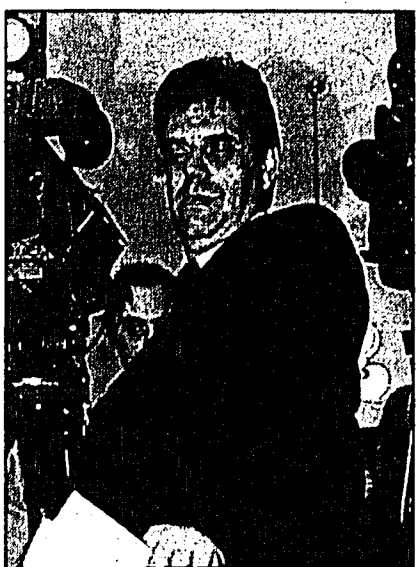
Serbien: Beteiligung an Stichwahl zu gering

BELGRAD: Mit dem Scheitern der Präsidentenwahl in Serbien haben sich die innenpolitischen Spannungen weiter verschärft. Der jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica kündigte gestern an, die serbische Regierung unter Ministerpräsident Zoran Djindjic zu stürzen. Kostunica lag in der Stichwahl um das Präsidentenamt am Sonntag weit vor seinem Kontrahenten, Vizepräsidenten Mirko Labus. Wegen zu geringer Beteiligung wurde die Wahl jedoch für ungültig erklärt und muss wiederholt werden.

Wie die Staatliche Wahlkommission mitteilte, gingen nur 45,5 Prozent der 6,5 Millionen Wahlberechtigten zu den Urnen. Nötig wäre eine Mindestbeteiligung von 50 Prozent gewesen. Vorläufigen Ergebnissen zufolge stimmten in der Stichwahl fast 67 Prozent der Wähler für Kostunica und nur halb so viele für Labus.

«Es gibt keine Krise»

Kostunica erklärte, er werde seine Popularität in Serbien nutzen, um Djindjics Regierung zu Fall zu bringen. «Die politische Krise hat sich vertieft», sagte Kostunica. Er werde am Sturz von Djindjics pro-westlichem Kabinett arbeiten und zwar «auf die gleiche Art, wie ich gegen Milosevic gekämpft habe». Vor einer Wiederholung der Wahl müssten die Wahlgesetze geändert werden, forderte der jugoslawische



Bekam rund 67 Prozent der Stimmen: Vojislav Kostunica.

Präsident. Djindjic seinerseits erklärte, das Scheitern der serbischen Präsidentenwahl werde die politische Lage nicht verschlechtern. «Es gibt keine Krise», sagte der serbische Regierungschef. Das Interesse der Bürger an der Politik habe lediglich nachgelassen. «Wahlen sind eine normale Bewertung unserer politischen Leistung - mehr nicht.» Die Stichwahl zwischen Kostunica und Labus war erforderlich, weil im ersten Wahlgang keiner der insgesamt fünf Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit erreicht hatte. Vor zwei Wochen lag die Wahlbeteiligung noch bei 55 Prozent.

Grossbritannien setzt Selbstverwaltung aus

London übernimmt Regierungsgewalt in Nordirland

BELFAST: Grossbritannien hat gestern die nordirische Selbstverwaltung ausgesetzt und wieder die volle Regierungsgewalt über die Provinz übernommen. Die Entscheidung werde um Mitternacht in Kraft treten und auf unbestimmte Zeit gelten, erklärte der britische Nordirlandminister John Reid vor Journalisten. Die Aussetzung sei unvermeidlich, um den Zusammenbruch der Koalition zu verhindern. Auslöser der Krise war eine Spionage-Affäre, in die Mitglieder der IRA-nahen Partei Sinn Fein verwickelt sein sollen.

Der britische Premierminister Tony Blair und der irische Ministerpräsident Bertie Ahern zeigten sich enttäuscht. Sie erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme, die Aussetzung der Selbstverwaltung sei der einzige Weg, um die Koalition zu retten. «Es ist unser ehrlicher Wunsch, dass die nordirischen Institutionen so schnell wie möglich wiederhergestellt werden», hiess es. Indirekt forderten sie die Sinn Fein auf, ihre Kontakte zur IRA abzubauen. Die Protestanten in der nordirischen Allparteienregierung hatten einen Ausschluss der Sinn-Fein-Vertreter gefordert. Die Ulster Unionists des Ersten Ministers David Trimble hatten andernfalls mit einem Rückzug gedroht, der zum Zusammenbruch der

Koalitionsregierung geführt hätte. Trimble hatte für einen Ausschluss der Sinn Fein geworben und von der britischen Regierung bis heute eine Entscheidung gefordert. Er erklärte gestern, er akzeptiere Reids Entscheidung als zweitbeste Lösung. Er bot an, die Zusammenarbeit mit der Sinn Fein fortzuführen, wenn die IRA sich auflöse.

Dokumente gestohlen

Vier Personen, darunter Abgeordnete der Sinn Fein, sollen sich in Zusammenhang mit der Spionage-Affäre vor Gericht verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, Dokumente aus Reids Büro gestohlen zu haben, mit denen die IRA neue Anschläge vorbereiten könnte. In den Papieren sollen Informationen der Polizei über das Informanten-Netzwerk der IRA, Einzelheiten zu möglichen Terrorzielen der Organisation und Gesprächsprotokolle enthalten sein. Die IRA hat die Anschuldigungen zurückgewiesen. Reid erklärte, die Vorwürfe gegen die Sinn Fein hätten das Vertrauen der Protestanten schwer getroffen, ein Ausschluss gehe aber zu weit. Er hoffe jedoch, dass Verhandlungen in den kommenden Monaten das Vertrauen wieder herstellen könnten. Dann könnte Grossbritannien die Selbstverwaltung noch vor der nordirischen Parlamentswahl im kommenden Mai wieder einsetzen.

Grenzgefechte in Kaschmir

NEU DELHI: Ungeachtet aller internationalen Ermahnungen haben die Atommächte Indien und Pakistan ihre Grenzgefechte in Kaschmir fortgesetzt. In der Nacht zum Montag nahmen sich die Truppen beider Seiten mit Granaten unter Beschuss. Die Gefechte ereigneten sich in den Regionen Yaldor, Drass und Siachen. In der vergangenen Woche hatte es zahlreiche Artilleriegefechte gegeben.

«Explosive Aids-Epidemie»

PEKING: UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat vor einer raschen Ausbreitung der Immunschwächekrankheit Aids in China gewarnt. Das riesige Land stehe «an der Schwelle einer explosiven Aids-Epidemie» und müsse sofort handeln. Nur so könne eine potenzielle Katastrophe verhindert werden, sagte Annan vor Studenten in der zentralchinesischen Stadt Hangzhou. «China steht vor einem entscheidenden Moment.» Um der Krankheit Herr zu werden, sei «Führungsstärke auf jeder Ebene» erforderlich. Dazu müsse das Schweigen um Aids durchbrochen werden, fügte Annan hinzu.